



„... das Unternehmen ist verantwortlich für alles, was sie tun.“

Die Rolle von Privatarmee in Kriegen und Bürgerkriegen

Sheila Mysorekar

Interventionskriege, zunehmend gern als Antiterrormaßnahmen gerechtfertigt, zählen zu den häufigen Fluchtursachen derer, die in unseren Breiten um Asyl und Bleiberecht nachsuchen. Doch wollen die Protagonisten des Krieges sich selbst zunehmend weniger die Hände schmutzig machen. Die Lösung liegt im Outsourcing der möglichen politischen und humanen Reibungsverluste. Laut Pentagon haben 1/3 der beispielsweise im Irak kämpfenden US-Soldaten keine Green-Card. Das heißt, sie sind Ausländer, lediglich im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis. In der Regel die Ärmsten der Armen. Eine andere Methode das dreckige Geschäft auf andere Schultern zu verlagern, ist die Privatisierung der Gewalt. Sheila Mysorekar gewährt uns mit ihrem folgenden, hier gekürzt abgedruckten Beitrag einen Einblick in moderne staatliche Kriegsstrategien, bei geringster Verantwortung den größtmöglichen Output zu erreichen.

„Mitarbeiter eines privaten (Militär)unternehmens können viel eher bei Kampfhandlungen eingesetzt werden, auch (oder gerade) in einem Land, in dem die USA nicht offiziell in den Konflikt involviert sind - dann sollen doch lieber die Söldner ihren Kopf hinhalten, nicht das amerikanische Personal.“ (erklärt) Adam Isacson vom Center for International Policy, einer Nichtregierungsorganisation in Washington D.C., (er) beobachtet eine besondere Art des Outsourcing: Die Privatisierung des Krieges. Private Militärunternehmen bieten von Radarüberwachung und Spionageflügen bis zum Fronteinsatz nahezu alles an. (...)

USA oder Großbritannien

Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung ist die Zahl der Sicherheitsdienstleister im Irak mittlerweile auf 20.000 angestiegen, und es sind auch schon eine Reihe von ihnen ums Leben gekommen. ... Diese Firmen kommen meist aus den USA oder Großbritannien; sie nennen sich: ‚Sicherheitsdienst‘ oder ‚Militär-Consulting‘. Ihre Angestellten sind zum großen Teil Ex-Militärs. Sie reparieren Hubschrauber, trainieren Soldaten, bedienen Radarstationen - oder stehen als Söldner an den Fronten unerklärter Kriege.

Ein Beispiel ist die US-amerikanische Firma DynCorp aus Reston, Virginia, ein weltweit agierender „Sicherheitsdienstleister“, genauer gesagt: ein privates Militärunternehmen. DynCorp-Angestellte bilden den Kern der bosnischen Polizei und schützen

den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai. DynCorp trainiert die neue Polizei im Irak, kontrolliert die Grenze zwischen den USA und Mexiko, bewacht die Waffentest-Gebiete des Pentagon und die Air Force One des amerikanischen Präsidenten. Die Firma gilt mit 26.000 Angestellten als Marktführer einer Branche im Schattenreich.

Leute mit speziellem Können

Warum man Sicherheitsdienstleister nimmt, erklärt ein hochrangiger Vertreter im State Department, dem US-Außenministerium...: „Die Nutzung von Privatfirmen ist eine Antwort auf die Nachfrage für Leute mit speziellem Können, wenn den US-Behörden solche Leute nicht zur Verfügung stehen. ... Viele von den privaten Vertragspartner werden direkt im Krieg gegen den Terrorismus eingesetzt. Wenn wir solche Spezialisten brauchen, nehmen wir am liebsten Ex-Militärs.“ (...)

Wenn es sich nicht um offizielle US-Truppen, sondern um moderne Söldner handelt, existiert praktisch keinerlei öffentliche Kontrolle - weder in den Gastländern, noch in den USA selbst. Bei Verträgen, die beispielsweise das Pentagon an private Militärfirmen für Auslandseinsätze vergibt, braucht der US-Kongress nicht informiert zu werden, solange die Kosten pro Vertrag unter 50 Millionen Dollar liegen.

Tendenz steigend

Outsourcing von Gewalt ist ein weltweites Phänomen. Seit Anfang der 90er Jahre sind Sicherheitsdienstleister eine globale Boombranche: Private Militärunternehmen arbeiten heute in über 100 Ländern und machen rund 100 Milliarden Dollar Umsatz im Jahr, Tendenz: steigend. Sie bieten Rundumservice an - vom Werksschutz über Radaraufklärung bis zur kompletten Kriegslogistik.

Doch was die Unternehmen im Detail tun, wisse man nicht, meint Sanho Tree vom Institute for Policy Studies, einem Think tank in Washington, D.C.: „Einer der frustrierenden Punkte bei der Recherche dieser privaten Militärunternehmen wie DynCorp ist folgender: Sie erfüllen eine staatliche Funktion, bekommen Geld der US-amerikanischen Steuerzahler, sie fliegen Flugzeuge, die der US-Regierung gehören, sie nutzen US-Luftwaffenbasen - sie tun alles, was sie tun, im Namen des amerikanischen Volkes, aber wenn man Informationen von ihnen möchte, dann ...ist (es) unmöglich, Antworten zu bekommen,

unmöglich sogar für Kongressabgeordnete.“ (...)

Die Öffentlichkeit erfährt nur etwas von den Aktivitäten der privaten Militärunternehmen, wenn sie Fehler begehen - etwa den falschen Ort bombardieren, wenn Söldner entführt werden, oder wenn versehentlich ein ziviles Flugzeug eine Rakete abbekommt. (...)

Die Söldner sind im Kommen: die warlords in den zerfallenen Staaten Afrikas und Vorderasiens einerseits, und die Sicherheitsdienstleister im Auftrag von Ölmultis und mächtigen Regierungen andererseits. Nicht nur Präsident Bushs ‚Krieg gegen den Terror‘ bietet Militärfirmen einen ständig wachsenden Markt.

Logistik und Spionage

Die Sicherheit mancher Staaten hängt völlig von privaten Militärfirmen ab, zum Beispiel in Saudi-Arabien. Die saudi-arabische Nationalgarde wird von der US-Firma Vinnell trainiert. Vinnell hat 1400 Angestellte in diesem Land; viele von ihnen sind frühere Mitglieder der US Special Forces. Logistik und Spionage für die saudische Armee und Luftwaffe wird von der Firma BDM betrieben, Booz-Allen Hamilton leitet die Militärhochschule, O’Gara schützt die königliche Familie und trainiert die lokale Polizei, und Cable and Wireless unterweist die Saudis in Terrorismusbekämpfung und urbaner Kriegsführung. Die Sicherheit Saudi-Arabiens befindet sich also weitgehend in der Hand von US-Sicherheitsfirmen.

Da die US-Sicherheitsdienstleister weder von ausländischer noch amerikanischer Seite - auch nicht vom US-Kongress - kontrolliert werden, häufen sich kriminelle Zwischenfälle. DynCorp-Angestellte waren zum Beispiel in Bosnien in Machenschaften mit minderjährigen Prostituierten verwickelt. Soldaten fallen unter die Militärgerichtsbarkeit, Söldner jedoch nicht. Hätten die DynCorp-Leute, die Frauen für den Sexhandel versklavten, eine Uniform getragen, säßen sie schon längst im Gefängnis. Sie sind keine Soldaten, also fallen sie durch die Raster der öffentlichen Kontrolle, und können nur als Privatpersonen zivil- oder strafrechtlich verfolgt werden. Oft aber wollen die betroffenen Regierungen vermeiden, dass die Sicherheitsdienstleister vor Gericht aussagen und womöglich zu viel über ihre Arbeit ausplaudern. In vielen dieser Fälle wurden die in Skandale verwickelten Sicherheits-Angestellten sang- und klanglos ausgeflogen und bestenfalls in Abwesenheit verurteilt.

Regierung nicht verantwortlich

Das wird zusätzlich belegt durch die Vorgänge im Irak: Die Folterszenen, die US-Amerikaner bei Übergriffen auf irakische Gefangene zeigen, würden politisch weniger Staub aufwirbeln, wären es Angehörige der Privatfirmen, die nicht in der Befehlskette der US-Streitkräfte stehen. Denn bei den Privatfirmen gilt: Nicht die Regierung, die diese Firmen oft anheuert, ist verantwortlich für die Aktionen dieser modernen Söldner, sondern das Unternehmen selbst. Andererseits sollen die US-Botschaften in Ländern, in denen die Firmen operieren, diese im Auge behalten; dafür gibt es jedoch keine klaren Richtlinien. Ein US-Gesetz aus dem Jahre 2000, der ‚Military Extraterritorial Jurisdiction Act‘ kann theoretisch auch auf zivile Angestellte angewendet werden, die im Ausland Straftaten begehen. Bislang gibt es jedoch keinen einzigen Fall, in dem dies tatsächlich geschehen wäre. Und eine öffentliche Diskussion darüber findet nicht statt - Privatisierung gilt in den USA eben weitgehend als positiv. Trotz des zunehmenden Einsatzes privater Sicherheitsdienstleister sind die rechtlichen Aspekte dieser Arbeit international nicht geregelt. Kein Problem für das State Department: „Nachteile gibt es nicht, offen gesagt. Der Vorteil ist, dass wir flexibel sind und schnell reagieren können. Diese Leute sind alle unter Vertrag bei dem Hauptsunternehmen der USA. Die US-Regierung behandelt sie nicht als Staatsangestellte in folgendem Sinne: die US-Regierung ist nicht finanziell oder legal für deren Aktivitäten verantwortlich, sondern das Unternehmen ist verantwortlich für alles, was sie tun.“ (...)

Bezahlung oder Plünderung

In den meisten low-intensity-conflicts weltweit, also in schwelenden Konflikten wie etwa Bürgerkriegen, sind bewaffnete Zivilisten die Hauptakteure. Falls sie an den kriegerischen Auseinandersetzungen verdienen - sei es durch Bezahlung oder durch Plünderung - verändert das die Natur des Konfliktes: Ein Soldat ist daran interessiert, dass der Krieg so schnell wie möglich vorbei ist, denn dann kann er wieder nach Hause, in sein ziviles Leben zurückkehren. Ein Söldner - erst recht eine Militärfirma - ist daran interessiert, dass der Krieg so lange wie möglich dauert, denn nur dann kann man daran verdienen. Friede mag zwar im öffentlichen Interesse liegen, deckt sich jedoch nicht mit den Interessen eines Militärunternehmens. (...)

Die Fragen nach Legalität und Legitimität der modernen Söldner, nach den politischen Konsequenzen des Outsourcing von Gewalt, muss man vor allem an die USA richten - dem größten staatlichen Auftraggeber der privaten Militärunternehmen. Ein Trend mit internationaler Dimension: Krieg als Ware, ohne Risiko - und ohne lästigen Demokratieballast.

perspective Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Flucht aus dem Kaukasus

-Ursachen und Hintergründe-

Donnerstag, 9. Dezember 2004 9.00 – 16.00 Uhr

in der Jugendherberge Kiel, Johannesstr. 1

Mit fast 40% aller Asylsuchenden in Deutschland ist Osteuropa diejenige Herkunftsregion von Flüchtlingen, die seit Jahren vor allem wegen der Krisenherde Kaukasus und Balkan die Statistiken der AsylbewerberInnenzahlen anführt. Auf dieser Veranstaltung soll ein Grundwissen über die Kaukasus-Region und die dortigen Konflikte vermittelt, ausgetauscht und diskutiert werden

Referent: Tim Schröder ist Jurist und bei amnesty international Osteuropa-Experte.

Anmeldung und Rückfragen an

perspective

Claudia Langholz
c/o Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.
Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel
Tel. (0431) 2 40 82 80
Fax: (0431) 73 60 77
Email: equal@frsh.de ;
www.frsh.de

Gemeinschaftsinitiative
Equal

Bitte melden Sie sich bis zum 1. Dezember 2004 verbindlich an.

Die Teilnahme ist kostenlos, Getränke und ein kleiner Imbiss werden angeboten.

